

DER PLAN



**EINE AUSGABENSCHRANKE
FÜR DEN STAATSHAUSHALT**

Eigentlich wollte die Regierung ja die Staatsschulden senken und die Bürger entlasten. Beides ist leider spektakulär misslungen. In der kommenden Legislaturperiode muss die Politik das Ruder herumreißen und einen Sparkurs einschlagen. Die gute Nachricht: Es gibt ziemlich viele Maßnahmen, die man setzen kann.

Sehr viel netter lässt es sich leider nicht formulieren: Mit der Budgetpolitik ist die scheidende Regierung krachend gescheitert. Die schweren Krisen – von Corona bis zum Krieg in der Ukraine – rechtfertigen das Ausmaß des Versagens nicht. Als Türkis-Grün 2019 das Ruder in die Hand nahm, erwirtschaftete der Gesamtstaat einen Haushaltsüberschuss in Höhe von 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Als Ziele wurden im Regierungsprogramm unter anderem ein ausgeglichener Haushalt, die Rückführung der Schulden in Richtung 60 Prozent des BIP – also die Einhaltung der EU-Fiskalregeln – und eine steuerliche Entlastung der Bürger festgehalten.

Versprochen – gebrochen. Von einem ausgeglichenen Haushalt war Österreich zuletzt so weit entfernt wie Herbert Kickl von der Goldmedaille beim olympischen Vielseitigkeitsreiten. Gegenüber 2019 erhöhte sich die Schuldenquote um sagenhafte sieben Prozentpunkte in Relation zum BIP. Dabei kam die hohe Inflation sogar noch zu Hilfe, da sie das nominelle BIP steigen ließ. Und die Krisen waren dafür nicht die Hauptverantwortlichen. Auch aus der angestrebten Entlastung der Bürger wurde nichts. Dank der Teilabschaffung der kalten Progression, der ökosozialen Steuerreform und der Senkung des Körperschaftsteuersatzes haben die Österreicher heute zwar in der linken Tasche etwas mehr; dafür herrscht in der rechten Tasche Ebbe.

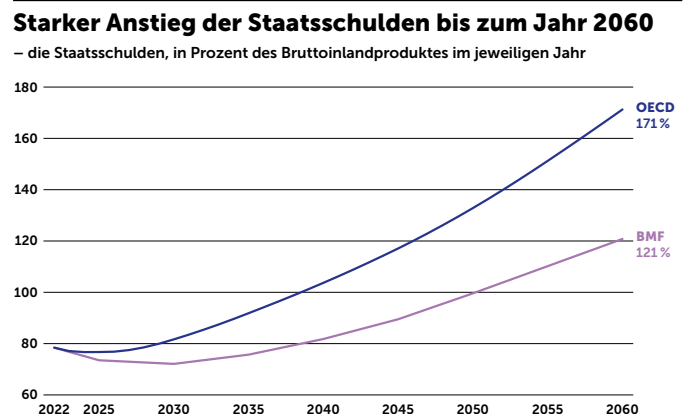
Mit der Budgetpolitik ist die scheidende Regierung krachend gescheitert.

Der Staat schröpft seine Bürger heute sogar noch stärker als zu Beginn der Legislaturperiode. Die Abgabenquote lag 2019 bei 43,2 Prozent; im Jahr 2024 wird sie, statt zu sinken, sogar auf 43,6 Prozent zugelegt haben. Das ist nach Belgien, Frankreich und Dänemark der vierthöchste Wert in der gesamten EU. Die Belgier und die Franzosen sollten wir uns vielleicht nicht unbedingt zum Vorbild nehmen; die Schweden dagegen schon. Im hohen Norden schafft man es offenbar, einen international beneideten Musterstaat aufzubauen, dafür keine weiteren Schulden aufzunehmen und den

Bürgern gleichzeitig weniger Geld abzuknöpfen, während Österreich auf den meisten Politikfeldern nur so dahindümpelt.

Man würde meinen, angesichts dieser Ausgangslage müssten sich die Parteien im Wahlkampf mit Versprechen, Ausgaben und Steuern zu senken, nur so überbieten. Doch das Gegenteil ist der Fall. Im Hochsteuerland Österreich wird ernsthaft über die Einführung neuer Steuern diskutiert. Sparsamkeit fordert die österreichische Politik nur von den leichtlebigen Südländern, während sie selbst im Schatten des eigenen Schuldenberges Siesta hält. Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) ließ ein Gutachten erstellen, wonach die Schulden in Österreich langfristig auf weit über 100 Prozent des BIP ansteigen werden, wenn nicht bald strukturelle Reformen durchgeführt werden (vgl. Abbildung 1). Italien lässt grüßen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist sogar noch pessimistischer und warnt vor griechischen Verhältnissen in Österreich, sollte sich nicht endlich etwas ändern.¹

Abb. 1: Erwartete Entwicklung der Staatsschulden bis 2060



Quelle: Eigene Berechnungen, BMF, OECD, WIFO, Fiskalrat.
Anmerkung: Anmerkung: Beide Langfristprognosen gehen im Zuge eines sogenannten "No-Reform- Szenario" von einer Fortführung des politischen Kurses aus.

Agenda Austria

Die nächste Regierung wird das Budget konsolidieren, die Abgaben senken und den Schuldenberg reduzieren müssen. Also nichts weniger als das, was von der aktuellen Regierung (und vielen davor) bereits versprochen und kürzlich auch noch einmal von den Experten der OECD gefordert wurde.

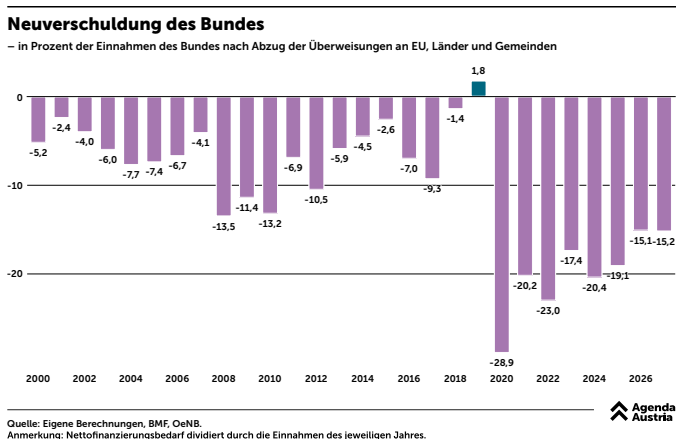
¹ OECD (2024).

>> Herausforderung #1: Die Ausgaben galoppieren davon

Österreich hat ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem. Ja, vermutlich können Sie diesen Satz nicht mehr hören, wir auch nicht. Aber es hilft ja nichts. Er trifft sogar immer mehr zu. In den letzten drei Jahrzehnten nahm der Staat fast in jedem Jahr mehr Geld ein als zuvor. Das ist natürlich auch ein Inflations- und Wachstumseffekt, doch die Politik schafft es immer wieder, die Ausgaben noch stärker zu erhöhen als die Einnahmen. Lediglich in den Jahren 2018 und 2019 – beides Jahre mit überraschend guter Konjunktur – war es umgekehrt.

Nun ist es grundsätzlich nicht ungewöhnlich, dass der Staat in Krisenjahren ein Defizit aufweist. Die Steuereinnahmen brechen weg; gleichzeitig muss der Staat zur Brandbekämpfung ausrücken. Doch irgendwann sollten sich der Budgetsaldo wieder ausgleichen. So war es etwa 2004 oder nach der Finanzkrise 2009. Doch seit Corona ist alles anders. Seit 2020 werden jedes Jahr gewaltige Defizite geschrieben (vgl. Abbildung 2). Es ist unverantwortlich, dass es keinerlei Bemühungen gibt, die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder zu schließen.

Abb. 2: Das immerwährende Budgetdefizit



Mit Corona sind staatliche Hilfen sozusagen zum Normalfall geworden. Kurzarbeit und Unternehmenshilfen gab es noch bis weit in den Wirtschaftsaufschwung hinein.² Das Land gehörte zu den ersten Ländern weltweit, die Hilfsmaßnahmen setzten, und zu den letzten,

² Das reale Wirtschaftswachstum lag 2021 und 2022 mit 4,2 und 4,8 Prozent weit über dem langjährigen Durchschnitt.

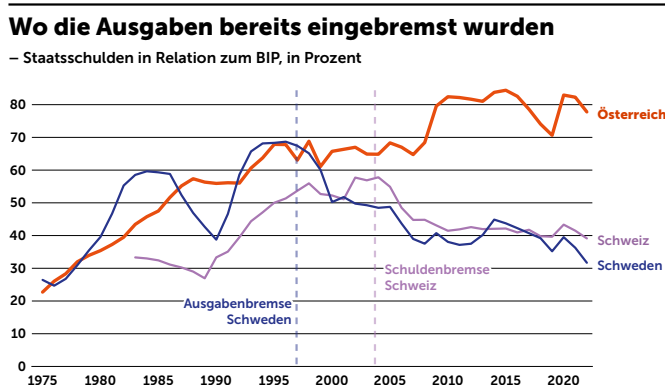
die sie abschafften. Österreicher wurde zudem mit einer regelrechten Flut an Boni überschüttet: Antiteuerungsbonus, Klimabonus, Handwerkerbonus, Reparaturbonus und so weiter. Hinzu kommen die Kosten aufgrund der alternden Gesellschaft, die infolge fehlender Reformen rasant steigen. Der staatliche Zuschuss zu den Pensionen, also die Lücke aus Ein- und Auszahlungen, ist bereits mit Abstand der größte Posten im Bundesbudget.

>> Empfehlungen, um die Ausgabendynamik zu stoppen:

Eine Ausgabenbremse, um die Bevölkerung vor der Politik schützen

Länder wie die Schweiz und Schweden zeigen, wie ein Staat auch ohne laufende Defizite bestens funktionieren kann. Seit Einführung der Schuldenbremse konnten etwa die Schweizer ihre Schuldenquote im Bund um knapp zehn Prozentpunkte sowie im Gesamtstaat um fast 20 Prozentpunkte in Relation zum BIP senken (vgl. Abbildung 3). Zum Vergleich: In Österreich stieg die Schuldenquote im selben Zeitraum um gut 15 Prozentpunkte an. Auch Schweden war sehr erfolgreich: Mitte der 1990er-Jahre lag die Staatsverschuldung in Relation zum BIP teilweise noch höher als in Österreich; mittlerweile ist sie nur mehr halb so hoch wie bei uns.

Abb. 3: Entwicklung der Staatsschulden im Ländervergleich



Von beiden Ländern sollte Österreich lernen: Ergänzend zu den bestehenden Fiskalregeln sollte die nächste Regierung – wie in Schweden – allen Ressorts je nach Bedarf und Schwerpunktsetzung eine Ausgabenobergrenze für die Legislaturperiode zuteilen. Anders als bisher müssen Mehrausgaben aus einem Jahr

in den folgenden Jahren kompensiert werden – hier macht die Schweiz vor, wie es erfolgreich geht. Um darüber hinaus die Ausgaben auf ein vertretbares Niveau zurückzuführen, dürfen die gesamten Ausgaben nur mit der Inflation steigen, bis die Staatsquote wieder das Niveau von 2019 (48,7 Prozent des BIP) erreicht hat. Schwerpunkte kann und muss die Politik durch Verschiebungen der Mittel zwischen den Ressorts setzen. Mittelfristig birgt dies ein Einsparungspotenzial von 16 Milliarden Euro jährlich.

Ausgabentreiber entschärfen

Größtes Problem auf der Ausgabenseite sind wie erwähnt die Pensionen. Das jährliche Defizit im staatlichen Pensionssystem liegt bei knapp 30 Milliarden Euro, die aus dem laufenden Bundesbudget abgedeckt werden müssen. Das entspricht einem Viertel des jährlichen Bundeshaushalts oder fast den gesamten Lohnsteuereinnahmen eines Jahres. Tendenz steigend. Weil die Österreicher erfreulicherweise immer älter werden, muss das gesetzliche Pensionsantrittsalter erhöht und an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Zudem müssen die Zu- und Abschläge laufend angepasst werden, damit sie keinen Anreiz zur Frühpensionierung darstellen. Die Erhöhung des faktischen Antrittsalters um ein Jahr würde das Budget um rund 2,5 Milliarden Euro jährlich entlasten. Eine Koppelung des Antrittsalters an die Lebenserwartung würde zudem mittelfristig Einsparungen von über zehn Milliarden Euro bedeuten.

Die Kostenwelle, die uns bei der Pension bereits erwischt hat, steht uns bei der Pflege infolge des demografischen Wandels erst noch bevor. Das Finanzierungsproblem kann nicht einfach dem Steuerzahler umgehängt werden. Die nächste Regierung sollte daher eine verpflichtende Pflegeversicherung einführen. Dies bietet ein Entlastungsvolumen für den Staatshaushalt von rund vier Milliarden Euro. Aufgrund der demografischen Entwicklung steigt dieser Wert mittelfristig allerdings auf zweistellige Milliardenbeträge an.

Zurück zur Marktwirtschaft

Der österreichische Fiskalrat hat die Budgetpolitik jüngst deutlich kritisiert und ein Auslaufen der massiven Unterstützungsmaßnahmen gefordert. Deshalb müssen abseits von großen Krisen die staatlichen Förderungen auf jene Bereiche beschränkt sein, in denen sie ökonomisch gut zu begründen sind. Die Summe darf dann nur mit der Inflationsrate steigen – es sei denn, neue Rahmenbedingungen machen eine Erhöhung aus ökonomischer Sicht notwendig. Ob das jeweils der

Fall ist, sollte regelmäßig durch unabhängige Einrichtungen, wie zum Beispiel den Rechnungshof, überprüft werden. Fällt die Expertise negativ aus, laufen die Förderungen automatisch aus. Damit würden wir uns strukturell von jenen Unternehmen befreien, die nur dank staatlicher Geldgeschenke überleben. Das würde potenziell zudem auch die Produktivität erhöhen, wenn Arbeitskräfte und Gelder dann in die wirklich erfolgreichen Unternehmungen fließen. Eine Rückführung der direkten Förderungen um 1,9 Prozentpunkte des BIP auf das relative Niveau von 2019 würde den Staat um rund neun Milliarden Euro entlasten.

Nicht an der Zukunft sparen

Gegen Einsparungen wird immer wieder das Argument gebracht, dass der Staat mit seinen Ausgaben ja die Infrastruktur, die Bildung oder die öffentliche Sicherheit finanziere. Das ist völlig richtig. Allerdings machen all diese Bereiche nur einen kleinen Teil der Staatsausgaben aus. Am meisten Geld fließt in soziale Leistungen und dabei keinesfalls nur an wirklich Bedürftige. Das ist ein entscheidender Punkt, wenn es um die Art der Konsolidierung geht: Der Staat soll nicht irgendwo, sondern an den richtigen Stellen sparen. Die nächste Regierung wird bei der Konsolidierung deshalb Schwerpunkte setzen müssen. Dem Sparplan sollten keine Ausgaben zum Opfer fallen, die für Österreichs Zukunft von Bedeutung sind. Berechnungen zufolge liegt der Anteil solcher Zukunftsausgaben³ an den gesamten Bundesausgaben aber nur zwischen 14 und 20 Prozent.⁴ Die Sozialausgaben liegen deutlich darüber.

>> Herausforderung #2: Die Belastung des Faktors Arbeit ist zu hoch

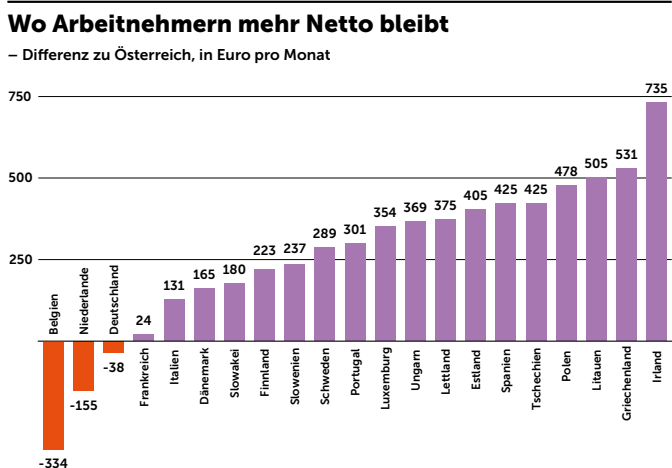
Leistung muss sich wieder lohnen. Noch so ein Stehsatz, den man bald nicht mehr hören kann. Was heißt schon „Leistung“? Und was heißt „wieder“? Doch diese Worthülse enthält leider eine wichtige Botschaft: Je mehr die Menschen von ihrem Arbeitseinkommen abgeben müssen, desto weniger attraktiv ist es für sie zu arbeiten. Und leider gehört Österreich ins absolute Spitzenfeld, wenn es um die Abgaben auf Arbeit geht (vgl. Abbildung 4). Trotz regelmäßiger Steuerreformen

³ Jene Ausgaben im Budget, die langfristige Ziele verfolgen und nicht vergangenheits- oder gegenwartsorientiert sind – beispielsweise Investitionen gegen den Klimawandel, in frühkindliche Bildung oder Forschung.

⁴ Vgl. z.B. Heinemann et al. (2021); Sustala (2024).

und politischer Willenserklärungen: Noch immer geht fast die Hälfte der Arbeitsleistung eines Durchschnittsverdieners in Form von Steuern und Abgaben an den Staat. Zuletzt kritisierte die OECD dies auch in ihrem Länderbericht.⁵

Abb. 4: Abgabenbelastung auf Arbeit im Vergleich zu Österreich



Quelle: Eigene Berechnungen, OECD.

Anmerkung: Abgabenbelastung berechnet für einen durchschnittlichen, ganzjährig vollzeitbeschäftigten Single (entspricht in Österreich einem Bruttomonatseinkommen von 4.077 Euro, in den anderen Ländern jeweils dem dortigen Durchschnittseinkommen) im Jahr 2023 unter Berücksichtigung sonstiger Bezüge (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) sowie verpflichtender privater Pensionsversicherungen.



Das führt dazu, dass selbst in Zeiten von Rekordbeschäftigung und einer Vielzahl an offenen Stellen die gesamten in Österreich gearbeiteten Stunden pro Jahr aktuell auf dem Niveau von 2019 verharren. Das kostet uns Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Damit sich „Leistung wieder lohnt“, muss die Regierung in Vorleistung gehen.

>> Empfehlungen, um die arbeitende Bevölkerung zu entlasten:

Eine Steuerreform, um Mehrarbeit zu belohnen

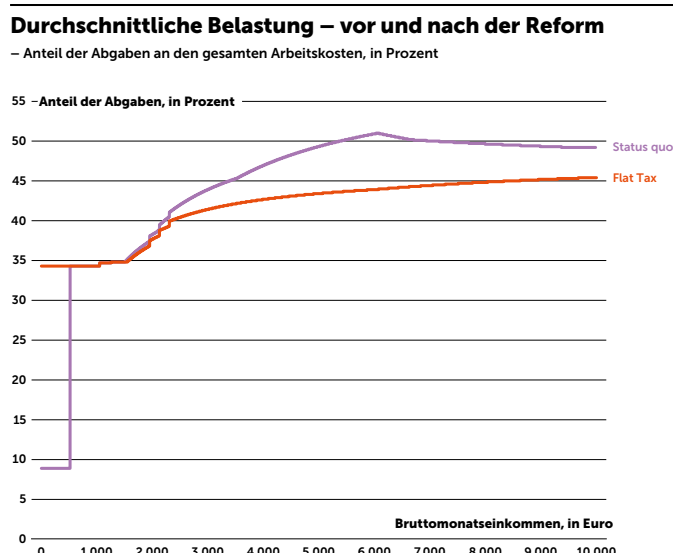
Die Steuerreformen der vergangenen Jahre haben niedrige Einkommen stets stärker entlastet als hohe. Was sozialpolitisch gut gemeint war, hat den gegenteiligen Effekt erzeugt und den Anreiz geschmälert, Vollzeit zu arbeiten. Immer mehr Menschen sind nicht mehr bereit, ihre volle Leistung einzubringen, und begnügen sich mit Teilzeitjobs. Das Steuersystem könnte diesen Trend bremsen: Eine Gleichbehandlung von Teilzeit und Vollzeit ließe sich am einfachsten herstellen, wenn es bei der Steuerbemessung nicht mehr um die Höhe des Jahreseinkommens, sondern um jene des Stun-

⁵ OECD (2024).

denlohns ginge. Außerdem wäre so eine Berechnung gerechter. Schließlich macht es einen Unterschied, ob jemand mit 38 Stunden pro Woche oder mit einer freiwillig reduzierten Arbeitszeit von 15 Wochenstunden auf ein Bruttogehalt von 2.000 Euro kommt. Die Besteuerung auf Stundenbasis mag exotisch klingen, wäre aber leicht einführbar:⁶ Beispielsweise wären die ersten zehn Euro pro Stunde steuerfrei, für die darüber liegenden 40 Euro fiele ein Steuertarif von 17 Prozent an. Ein Stundenlohn von über 50 Euro würde dann mit einem Grenzsteuersatz von 50 Prozent belastet.⁷ Das hätte den Vorteil, dass eine gut verdienende (freiwillige) Teilzeitkraft höhere Steuersätze zahlen müsste als eine Vollzeitkraft mit dem gleichen Monatseinkommen.

Aber auch innerhalb des bestehenden Steuersystems wäre es möglich, das Problem zu adressieren. Und zwar mit einer Flat Tax.⁸ Diese hätte zudem den Vorteil, dass sie das System deutlich vereinfachen würde. Dafür sollte aus unserer Sicht ein Tarif mit zwei Stufen eingeführt werden: Wie bisher bleiben die ersten 12.816 Euro im Jahr steuerfrei.⁹ Anschließend gilt ein Steuersatz von 17 Prozent bis zur Höchstbeitragsgrundlage (entspricht einer Steuerbemessungsgrundlage von 59.448 Euro), der dann auf 50 Prozent steigt (vgl. Abbildung 5).

Abb. 5: Szenario einer Flat Tax für Österreich



Quelle: Eigene Berechnungen.



⁶ Neben der Entlohnung müsste in dem Fall auch die vertraglich festgelegte Arbeitszeit an das Finanzamt übermittelt werden.
⁷ Auch das aktuelle Steuersystem mit Freigrenzen, Absetzbeträgen und Progression könnte auf Stundenbasis umgestellt werden.
⁸ Vgl. Peichl (2014); Carroll et al. (2021).
⁹ Sozialversicherungsbeiträge würden in einem solchen System dennoch fällig werden.

Der steuerfreie Zuverdienst bis zur Geringfügigkeitsgrenze wird abgeschafft. Das verhindert ein sinkendes Nettoeinkommen bei steigendem Arbeitsausmaß. Die Belastung der Vollzeitbeschäftigten wird deutlich reduziert.¹⁰ Das führt dazu, dass Vollzeitarbeit finanziell wieder deutlich attraktiver wird. Halbiert ein Durchschnittsverdiener seine Arbeitszeit von 40 auf 20 Wochenstunden, bleiben ihm derzeit noch immer rund 60 Prozent seines Verdienstes – obwohl er seine Arbeitsleistung um 50 Prozent reduziert hat. Damit bekommen Vollzeitbeschäftigte in Österreich einen der schlechtesten Deals in der gesamten OECD. Mit dem Reformvorschlag verlören Arbeitnehmer bei einer Reduktion der Arbeitszeit um 50 Prozent auch 46 Prozent des Einkommens, der Vollzeitanreiz wäre entsprechend deutlich höher. Damit läge Österreich mit Ländern wie Schweden auf einem der vordersten Plätze innerhalb der OECD. Umgekehrt bedeutet dies, dass für alle jene, die in Teilzeit arbeiten, eine Erhöhung der Arbeitszeit um 100 Prozent zukünftig dann um 84 Prozent (statt derzeit 68 Prozent) mehr Nettoeinkommen bringen würde.

Der Reformvorschlag würde die Bürger um rund zwölf Milliarden Euro im Jahr entlasten und die Besteuerung von Arbeit damit auf den Durchschnitt der EU senken.

Vollständige Abschaffung der kalten Progression

Was ohnehin versprochen wurde, sollte nun endlich umgesetzt werden: die vollständige Abschaffung der kalten Progression. Durch die politische Verteilung des letzten Drittels der Einnahmen aus der kalten Progression ist uns ein Stück dieser Inflationsteuer leider bis heute geblieben. Alle Arbeitnehmer – auch Geringverdiener – zahlen heute mehr Einkommensteuer, als sie eigentlich sollten.¹¹ Eine vollständige Abschaffung der kalten Progression hätte den Vorteil, dass Regierungen nicht mehr willkürlich an der Progression herumschrauben, Klientelpolitik betreiben und bei alldem Vollzeitarbeit noch unattraktiver machen könnten. Kosten würde das den Staat übrigens null Euro, da er die inflationsbedingten Mehreinnahmen heute schon vollständig rückverteilt.

¹⁰ Ein Zweistufensystem mit einem Steuerfreibetrag und einer erhöhten Stufe ab der Höchstbeitragsgrundlage ergäbe weiterhin eine progressive Belastung, allerdings mit deutlich höheren Arbeitsanreizen als im bisherigen System.

¹¹ In Kombination mit Familien oder Überstunden kann die tatsächliche Steuerlast gesunken sein. Diese Entlastung hätte aber nicht über die Einnahmen aus der kalten Progression stattfinden müssen und hat nichts mit der eigentlichen Thematik zu tun.

Alle Arbeitnehmer – auch Geringverdiener – zahlen heute mehr Einkommensteuer, als sie eigentlich sollten.

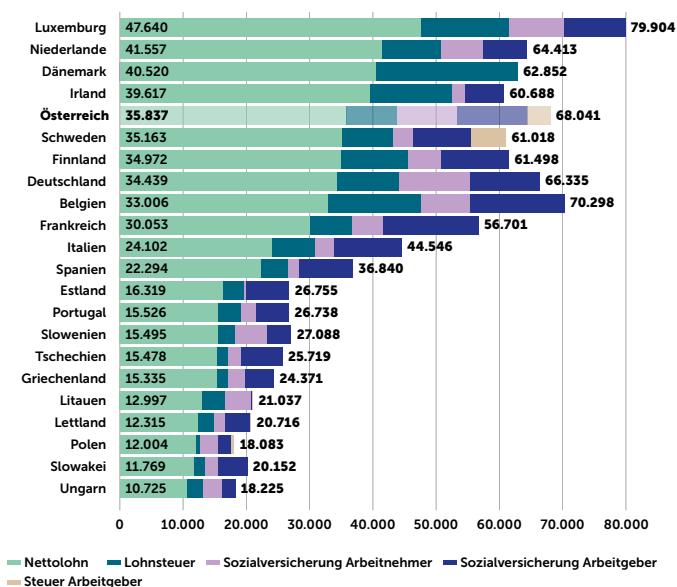
Arbeitskosten von wesensfremden Abgaben befreien

Teuer ist Arbeit in Österreich aber nicht nur wegen der hohen Steuern, sondern auch aufgrund der Belastung der Arbeitseinkommen mit wesensfremden Abgaben in den Lohnnebenkosten (vgl. Abbildung 6). Familienleistungen sollten beispielsweise direkt aus dem Budget und nicht über eine Belastung des Faktors Arbeit finanziert werden. Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) gehört folglich komplett gestrichen. Gleiches gilt für die Wohnbauförderung, deren Beiträge nicht weiter die Arbeitseinkommen belasten dürfen. Sofern diese Förderung überhaupt bestehen bleiben soll, muss sie wenigstens aus dem allgemeinen Steuertopf finanziert werden. Auch ihre Zweckwidmung wäre wieder einzuführen, damit das Geld wirklich ins Wohnen fließt. Die Abschaffung von FLAF und Wohnbauförderung würde eine Entlastung von rund sieben Milliarden Euro bedeuten.

Abb. 6: Höhe der Arbeitskosten in europäischen Ländern

Arbeitskosten im europäischen Vergleich

– gereiht nach Nettolöhnen im Jahr 2022, in Euro



Quelle: Eigene Berechnungen, OECD.
Anmerkung: Wechselkursbereinigte Arbeitskosten berechnet für einen durchschnittlichen vollzeitbeschäftigten Single ohne Kind. Pflichtversicherungsbeiträge sind nicht berücksichtigt.

>> Herausforderung #3: Der österreichische Föderalismus bedarf einer Umkonstruktion

Österreich ist ein föderal organisierter Staat. Bund, Länder und Gemeinden teilen sich die Aufgaben auf. Allerdings hat Österreich eine sehr teure und ineffiziente Form des Föderalismus gewählt: Der Bund muss das Geld in Form von Steuern eintreiben, die Länder und Gemeinden dürfen es dann ausgeben. Das führt natürlich nicht zu erhöhter Sparsamkeit. Stattdessen herrscht eine Art Ausgabenwettbewerb.¹² Beim Geldverteilen kennt die Kreativität der Landesfürsten keine Grenzen. Besonders bunt treibt es beispielsweise Hans Peter Doskozil, der jedem burgenländischen Zweitklässler eine Blockflöte schenkt. Als würde die bestehende Steuer-geldverschwendung nicht schon genug nerven!

Ja, es mag ein dickes Brett zu bohren sein, aber die kommende Regierung muss eine Föderalismusreform angehen.

>> Empfehlungen, damit Macht und Verantwortung wieder Hand in Hand gehen:

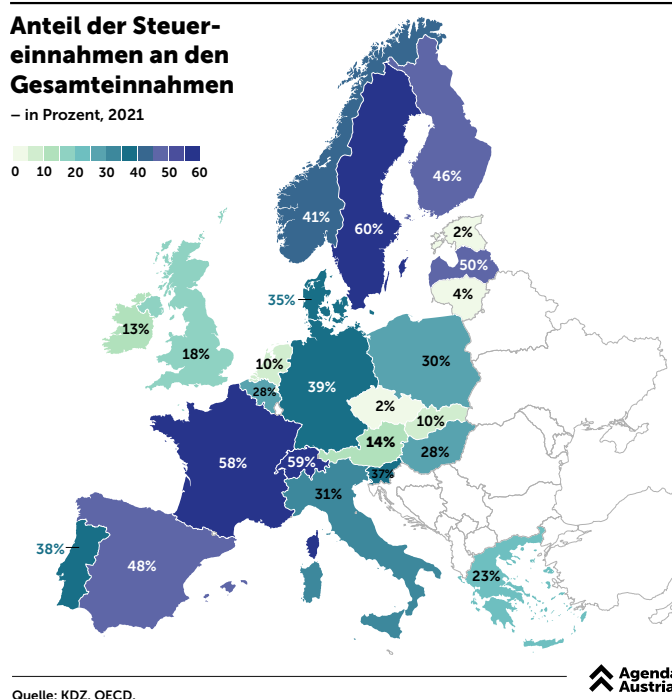
Steuerautonomie erhöhen

Effizienter organisierte Staaten wie die Schweiz oder auch Schweden heben deutlich mehr Steuern lokal ein (vgl. Abbildung 7).

Das sorgt für mehr Kostenwahrheit auf der regionalen Ebene und damit auch für geringere Ausgaben insgesamt. Beide Länder erzielen gleichzeitig Spitzenwerte, wenn es um die Qualität der öffentlichen Verwaltung geht. Es zeigt sich: Je höher der Anreiz, Kosten zu sparen, umso besser wird das Preis-Leistungs-Verhältnis. Damit sich Österreichs Gemeinde- und Landespolitiker mehr Gedanken über die Sinnhaftigkeit ihrer Ausgaben machen, sollten sie daher einen größeren Teil der Ausgaben selbst bei ihren Wählern einsammeln. Für einen Steuerwettbewerb eignen sich am besten die Lohn- und Einkommen-, sowie die Körperschaftsteuer; über sie könnten die Länder nennenswerte Einnahmen erzielen. Ein konkretes Modell für mehr Steuerautonomie könnte wie folgt aussehen:

Zunächst senkt der Bund seine Sätze bei diesen Steuern und lässt die Länder einen Zuschlag einheben. Mit diesen Einnahmen müssen die Länder die ihnen zugewiesenen Aufgaben dann auch selbst finanzieren. Da sie nicht mehr das Geld vom Bund überwiesen bekommen, regt dies zum Sparen an. Einige könnten mehr Leistung zum gleichen Preis wie heute anbieten, andere könnten Steuern und Leistungen reduzieren – je nachdem, was die jeweiligen Wähler möchten.

Abb. 7: Anteil lokaler Einnahmen an den gesamten Einnahmen



Gleichzeitig sollte aber die bisher versteckte Umverteilung in einen transparenten Finanzausgleich direkt zwischen den Ländern statt über den Bund umgewandelt werden, und zwar von reicheren zu ärmeren Bundesländern.

Es gibt in Summe also ziemlich viel, was die nächste Regierung tun kann, um am Ende ihrer Amtszeit nicht wieder buchstäblich mit leeren Händen dazustehen. Schulden machen ist kein unabwendbares Schicksal, nicht einmal in Österreich.

¹² Vgl. z. B. Sow & Razafimahefa (2015).

Literatur

- Carroll, D., Dolmas, J., Young, E. R. (2021).** The politics of flat taxes. In: Review of Economic Dynamics, 39, 174–201.
- Heinemann, F., Bohne, A., Breithaupt, P., Doherr, T., Licht, G., Niebel, T., Thöne, M. (2021).** Studie zur Einführung einer Zukunftsquote. ZEW. Online verfügbar unter: <https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Zukunftsquote2021.pdf> (abgerufen am 14.08.2024).
- OECD (2024).** OECD Economic Surveys Austria. Online verfügbar unter: <https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/60ea1561-en.pdf?expires=1720512646&id=id&accname=guest&checksum=8E02533E81D3EE96804DE6F5738CA5E6> (abgerufen am 14.08.2024).
- Peichl, A. (2014).** Flat-rate tax systems and their effect on labor markets. IZA World of Labor. Online verfügbar unter: <https://wol.iza.org/articles/flat-rate-tax-systems-and-their-effect-on-the-economy/long> (abgerufen am 14.08.2024).
- Sow, M., Razafimahefa, M. I. F. (2015).** Fiscal decentralization and the efficiency of public service delivery. IMF Working Paper, 59. Online verfügbar unter: <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2015/wp1559.pdf> (abgerufen am 14.08.2024).
- Sustala, L. (2024).** Weniger Investitionen in die Zukunft. Neos Lab Policy Brief. Online verfügbar unter: <https://www.neos.eu/Resources/Persistent/18ab63338dd60e11527bd2073bde28141e47bd2e/Zukunftsquote%202024%20-%20Policy%20Brief%20NEOS%20Lab.pdf> (abgerufen am 14.08.2024).

**Eine wissenschaftliche Publikation
der Agenda Austria**

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Dr. Dénes Kucsera

Mag. Hanno Lorenz

Begutachtung

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld

Lektorat

MMag.a Judith Kreiner

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

Agenda Austria

Türkenstraße 25/1/10

1090 Wien

Österreich

T +43 1 361 99 61-0

office@agenda-austria.at